Bezugsgebühr:
Vierteljährlich 2 Mk. 10 Pfg.: durch die Post 2 Mk.

Die „Dresdner Nachrichten" erscheinen täglich Vormittag; die Bezieher in Dresden und der nächsten Umgebung, wo die Zutragung durch eigene Boten oder Kommissionäre erfolgt, erhalten das Blatt an Wochentagen, die nicht auf Sonn- oder Feiertage folgen, in zwei Theilausgaben Abends und Morgens zugestellt.

Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Anzeigen-Tarif.

Die Annahme von Ankündigungen erfolgt in der Hauptgeschäftsstelle und den Nebenannahmestellen in Dresden bis Nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile als „Eingesandt" oder auf Textseite 60 Pfg.

In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1- bez. 2spaltige Grundzeilen 30, 40 bez. 60 und 80 Pfg. nach besonderem Tarif.

Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung.

Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Haupt-Geschäftsstelle: Marienstr. 38.

Lobeck & Co.
Hoflieferanten Sr. Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Reisetaschen
Plaidhüllen u. Touristentaschen sowie sämmtliche Reiseartikel
empfiehlt in reicher Auswahl
Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3 part. u. I. Etage.

Zacherlin
Echt nur in Flaschen, wo Plakate aushängen.

Carl Tiedemann, Lackfabrik, gegr. 1833.
Weltausstellung Paris 1900 Goldene Medaille.
Asphalt-, Blech-, Copal-, Damar-Lacke, Elcoative und Spiritus-Lacke, sowie als Spezialitäten: Bernstein-Lacke und Emaillegfabur-Lackfarben.
Marienstr. 10. Amalienstr. 18. Zwickauer Str. 52. Heinrichstraße (Stadt Görlitz).
Schutzmarke.

Regenschirme aparte Neuheiten aller Preislagen empfiehlt in grosser Auswahl **C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17,** Pragerstrasse 46, Amalienstrasse 7.

Nr. 129. Spiegel: Zuckersteuervorlage. Obstruktion. Fremdenverkehr. Innere Mission. Pferdeausstellung. Gerichtsverhandlungen. Kleter-Concert. Bühnenwochenbericht. Lotterieliste. | Muthmaßliche Witterung: Kühl und veränderlich. | **Sonntag, 11. Mai 1902.**

Zu den Reichstags-Ferien.

Der Reichstag hat das Bedürfniß gehabt, sich Pfingstferien in der Dauer von nicht weniger als vier Wochen zu leisten. Die meisten Reichsboten werden den Unterschied zwischen parlamentarischer Arbeitszeit und Ferienpause gar nicht empfinden, weil sie eigentlich niemals aus den Zeilen herauskommen und, wie die chronische Beschlußunfähigkeit des Reichstags zeigt, fast immer zu Hause bleiben. Aber die langen Pfingstferien sind für den Reichstag nothwendig, weil der wichtigste Berathungsstoff, der noch vor der Vertagung bis zum Herbst erledigt werden soll, die Zuckersteuernovelle, an eine Kommission verwiesen worden ist und daher die zweite und dritte Lesung dieser Vorlage im Plenum nicht sofort nach dem Feste vorgenommen werden kann.

Ob es indeß wirklich gelingen wird, die Zuckervorlage in dem Tagungsabschnitte unmittelbar nach den Pfingstferien zur Verabschiedung zu bringen, ist noch sehr fraglich. Die Linke, die am liebsten die Novelle unverändert und ohne Kommissionsberathung angenommen hätte, wittert den Mehrheitsparteien Verschleppungsabsichten vor. Da schwerwiegende landwirthschaftliche Interessen auf dem Spiele stehen, so liegt der Verdacht nahe, der geflissentliche Eifer, mit dem sich die sonst berufsmäßige Opposition für das schleunige Zustandekommen der Zuckersteuervorlage engagirt, entspringe aus dem leidenschaftlichen Haß gegen die deutsche Landwirthschaft, der instinktiv zu wittern glaubt, daß dieser die Vorlage nicht zum Vortheil gereichen könne. Der Freisinn sucht durch seine Bemühung, die Novelle alsbald unter Dach und Fach zu bringen, die Regierung zu überrumpeln. Der Reichskanzler Graf Bülow hat ausdrücklich bei der Begründung der Brüsseler Zuckerkonvention erklärt, daß sie die verbündeten Regierungen weder über's Knie brechen noch durchpeitschen wollen. Auch ist im Reichstag die Regel, Vorlagen von Bedeutung zur Vorberathung an eine Kommission zu verweisen. Bei der Brüsseler Zuckerkonvention und der damit zusammenhängenden Novelle zum Zuckersteuergesetz erscheint die Kommissionsberathung um so dringlicher, als es sich dabei darum handelt, unserer Zuckersteuer-Gesetzgebung eine neue Grundlage zu geben und die Tragweite der Aenderungen für die Zuckerindustrie und die Landwirthschaft noch kaum vollständig zu ermessen ist. Dem früheren Reichstagspräsidenten von Levetzow wird man wohl schwerlich Verschleppungsabsichten zutrauen können; aber auch er plaidirte für die Verweisung der Vorlage an eine Kommission, weil er die Möglichkeit für nicht ausgeschlossen ansieht, daß die Zuckerindustrie und der heimische Rübenbau von schwerer Schädigung bedroht werden. Ueberdies hat es mit der Durchberathung und Verabschiedung doch wirklich nicht so große Eile, daß die Erledigung sogleich nach Pfingsten eine unerläßliche Nothwendigkeit ist. Die Konventionsurkunden sollen bis zum 1. Februar nächsten Jahres ratifizirt sein und das Brüsseler Abkommen soll erst im September 1903 in Kraft treten. Trotzdem fährt die freisinnige Presse fort, den Mehrheitsparteien und besonders den bösen Agrariern Verschleppungstaktik unterzuschieben. Während sonst das Mißtrauen der Regierung gegenüber einen grundsätzlichen Faktor der Politik Eugen Richter's bildet, zeigt er in dem vorliegenden Falle ein so blindes Vertrauen, daß er das Verlangen des nationalliberalen Abg. Paasche in der Zuckersteuerkommission, die Regierung möge durch Vermittelung des Vereins deutscher Zuckerindustrieller sachverständige Gutachten über die Folgen der Zuckervorlagen einziehen, als einen Verschleppungsversuch charakterisirt, weil ja im Reichstag der Regierungsvertreter versichert habe, daß von der Regierung in allen Stadien der Verhandlungen bis zum Abschluß der Konvention Sachverständige gehört worden sind. Wenn der freisinnige Führer einen solchen Standpunkt des unbedingten Regierungsvertrauens in Zukunft stets vertreten wollte, dann würde für seine Oppositionsstimmung herzlich wenig übrig bleiben. Obwohl sich der Reichskanzler dagegen verwahrt hat, daß er die Vorlage durchpeitschen lassen wolle, so wird jetzt doch behauptet, Graf Bülow habe eine Niederlage erlitten, weil die Vorlage nicht erledigt worden ist, bevor der Reichstag in die Ferien gegangen ist. Wieder einmal ergeht an den Reichskanzler die Mahnung, sich dem „agrarischen Uebermuthe" nicht zu beugen, sondern zu zeigen, daß er wirklich der leitende Staatsmann ist. Nach den Rezepten der boshaft keifenden Tante Voß in Berlin soll er das zunächst dadurch bethätigen, daß er dem Gesetze über die „Liebesgaben" von je 2000 Mark für die Mitglieder der Zolltarifkommission nicht eher die Zustimmung durch den Bundesrath ertheilen läßt, als bis die Reichstagsmehrheit die Zuckersteuervorlage genehmigt hat.

Diese Probe freisinniger Gehässigkeit läßt erkennen, auf welches Niveau der Kampfesweise die Linke herabgesunken ist. Schon jetzt sollten sich die Mehrheitsparteien des Reichstags, Konservative, Nationalliberale und das Centrum, darüber klar werden, daß sich der Parlamentarismus im Reiche mehr und mehr dem völligen Bankerutt nähern muß, wenn nicht der oppositionellen Minderheit in ihrer Absicht, an die Stelle des Majoritätsprinzips den Minderheitsterrorismus zu setzen, alsbald ein entschiedener Widerstand entgegengestellt wird. Schon als die Zolltarifvorlage in Sicht kam, hat es von sozialdemokratischer und freisinniger Seite nicht an Obstruktionsdrohungen gefehlt und wiederholt sind bereits Versuche gemacht worden, diese Drohungen zur Wahrheit werden zu lassen. Mehrmals ist es der Linken gelungen, durch künstlich hervorgerufene Beschlußunfähigkeit den Reichstag zu verhindern, unliebsame Beschlüsse zu fassen und der Abgeordnete Bebel hat sich kürzlich sogar die Drohung geleistet, daß er zur Erzwingung der Bewilligung von Diäten für die Reichstagsabgeordneten so oft die Beschlußunfähigkeit des Reichstags feststellen lassen wolle, daß schließlich auch nicht das Etatsgesetz zu Stande komme. Würde diese Drohung verwirklicht werden, so müßte das Resultat die gänzliche Arbeitsunfähigkeit des Reichstags und die parlamentarische Anarchie sein. Der Centrumsführer Dr. Bachem hat vor wenigen Tagen im Reichstage darauf hingewiesen, daß sich der Parlamentarismus selbst diskreditirt und ruinirt, wenn er die Wege der Obstruktion betritt. Die Obstruktion ist die Negation alles Parlamentarismus, dessen Grundgesetz, das Majoritätsgesetz, er verleugnet. Sie setzt an die Stelle des verfassungsmäßigen Willens der Mehrheit den der revolutionären Minderheit. Der Parlamentarismus hat die Aufgabe, den Willen der Volksvertretung zum Ausdruck zu bringen und zu verwirklichen; eine Minderheit, welche die Erfüllung dieser Aufgabe zu vereiteln strebt, ist antikonstitutionell und revolutionär. Die Obstruktion führt in ihren letzten Konsequenzen zum Stillstand der ganzen Gesetzgebung. Die Obstruktion ist überdies ein sehr zweischneidiges Schwert, wie sich dies ja jüngst im Reichstage gezeigt hat, als auch einmal der Linken von agrarischer Seite ein Obstruktionsmanöver vorgeführt wurde. Mehrheiten und Minderheiten wechseln: Parteien, die heute eine Minderheit bilden und als solche die Mehrheit durch die Obstruktionsmethode tyrannisirt haben, können morgen Bestandtheile einer Mehrheit sein und dürfen es alsdann gegnerischen Parteigruppen, die vordem zur Mehrheit gehörten, nicht verargen, wenn auch diese zur Obstruktion greifen. Die Obstruktion ist in allen Fällen unparlamentarisch, und es sollte daher im Interesse jeder Partei, die auf dem Boden des Parlamentarismus steht und die Gesetze des parlamentarischen Lebens achtet, liegen, keinerlei Obstruktion aufkommen zu lassen.

Unser Freisinn geberdet sich zwar sonst als der berufene Hort und Hüter des Parlamentarismus und als Vorkämpfer des rein parlamentarischen Regierungssystems und am liebsten möchte er nach dem klassischen Vorbilde Englands den parlamentarischen Mehrheitswillen zum souveränen Herrscher im Staate machen. Seine Gesinnungstüchtigkeit und Ueberzeugungstreue sind indeß von jeher so beschaffen gewesen, daß er seine theuersten Grundsätze und seine unantastbaren Doktrinen gewissenlos über Bord wirft, wenn ihm das strikte Gegentheil davon in den Kram paßt. Wiederholt, in den letzten Tagen und früher bei Gelegenheit der Berathung der lex Heinze, ist es der Führer des Freisinns Eugen Richter gewesen, der nicht das mindeste Bedenken getragen hat, die zum Schutze der Minderheit festgesetzten Geschäftsordnungsbestimmungen zur Vergewaltigung der Mehrheit zu mißbrauchen. Solchen Mißbrauch hat er sogar als das „gute Recht" der Minderheit bezeichnet. Den Reichstag, der in beschlußfähiger Anzahl versammelt ist, dadurch künstlich beschlußunfähig zu machen, daß die Minderheit plötzlich streikt, widerspricht der Natur der parlamentarischen Verhältnisse und dem Geiste der Verfassung. Die „Nat.-Ztg." meint, im Volke werde man gegenüber allem Jammer wegen Obstruktion einfach der Meinung sein: wer ein Mandat zum Reichstag übernimmt, der soll es auch wirklich ausüben; die auf dem Papier vorhandenen Majoritäten mögen sich leibhaftig einfinden, zum Mindesten bei Verhandlungen, die für ihre Parteien wichtig sind. Der Eugen Richter'schen Obstruktionstaktik gegenüber würde allerdings der kategorische Imperativ der Pflichterfüllung vollständig genügen. Zur Beschlußfähigkeit des Reichstags gehören noch nicht 200 Mitglieder. Wenn innerhalb der Mehrheitsparteien nicht so viel Pflichtbewußtsein und Disziplin vorhanden ist, daß eine genügende Anzahl von Mitgliedern an den entscheidenden Reichstagsverhandlungen Theil nimmt, dann wird auch die Mehrheit mit verantwortlich zu machen sein, wenn sich der Parlamentarismus im Reiche selber zu Grunde richtet.

Neueste Drahtmeldungen vom 10. Mai.

Vulkanausbrüche auf den Antillen.

Paris. (Priv.-Tel.) Nach einer letzten Privatdepesche aus Fort de France bedeckte der Feuerregen des Peleberges einen Umkreis von 6½ Kilometer.

Paris. Der Minister für die Kolonien hat noch keine Mittheilung der Namen der in St. Pierre Umgekommenen erhalten. Der Senator Knight hat seiner Frau telegraphisch mitgetheilt, daß er gerettet sei. Nach diesem Telegramm ist die Ortschaft Morne Rouge unversehrt geblieben, und man hofft, daß sich dorthin verschiedene Personen geflüchtet haben. Der Ministerrath beschäftigte sich heute mit der Katastrophe auf Martinique. Decrais bestätigte, daß die ganze Stadt St. Pierre vernichtet ist. Der Finanzminister Caillaux ist ermächtigt worden, die nöthigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Ein Staatsbeamter begiebt sich morgen auf einem Staatsschiff von Brest nach Martinique und überbringt eine Summe von 500 000 Frcs. Der Gouverneur von Guadeloupe ist ermächtigt worden, alle nothwendigen Ausgaben für den Transport und die Verpflegung der Ueberlebenden zu machen. Der Ministerrath beschloß außerdem, daß zum Zeichen der Trauer die Flaggen auf den öffentlichen Gebäuden während dreier Tage halb Mast gehißt werden sollen. Decrais ist beauftragt worden, dem Generalsekretär auf Martinique den Ausdruck des Schmerzes von ganz Frankreich über die schreckliche Katastrophe zu übermitteln.

London. Der Gouverneur von Santa Lucia telegraphirte am 9. Mai: Ich empfing heute Nachricht von St. Vincent. Es werden 30 Todesfälle gemeldet, doch ist der Bericht noch unvollständig. Obgleich der Ausbruch noch fortdauert, suche ich nach St. Vincent zurückzukommen.

London. Heute ist folgende Depesche des Gouverneurs von Barbados eingegangen: Ein heftiger Ausbruch des Vulkans Soufrière auf St. Vincent fand statt. Laute Geschützdonner ähnliche Detonationen wurden um 3 Uhr auf Barbados gehört. Nachmittags 5 Uhr trat Dunkelheit, begleitet von Donner und der Niedergang von Staub ein, der bis zur Nachtzeit andauerte; heute Morgen war Barbados zolldick mit Staub bedeckt. Ich habe den Gouverneuren auf den Hauptinseln der kleinen Antillen Telegramme gesandt und Hilfe angeboten. — Der Gouverneur von Dominique telegraphirte an Chamberlain: Auf Martinique fand ein furchtbarer Vulkanausbruch statt. Es herrscht großes Unglück. Mit Einverständniß des Exekutivrathes sandte ich sofort Lebensmittel. Hier ist Alles ruhig.

Newyork. Ein Telegramm aus St. Dominique meldet: Der Präsident Jimenez und die Minister verließen die fremden Gesandtschaften, wo sie Zuflucht gesucht hatten. Die Hospitäler sind mit Verwundeten überfüllt. Der Kreuzer „Cincinnati" ist in St. Dominique angekommen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Auf ministerielle Anordnung finden gegenwärtig durch die Bezirksregierungen eingehende Erhebungen über den Umfang des Gesundbetens und die Art und Weise, in der diese Bestrebungen ihre Verbreitung finden, statt. — In Sachen des Deutschen Flottenvereins hat im Reichstage eine vertrauliche Besprechung stattgefunden, an der unter Anderem der Chef der Reichskanzlei Conrad, der Sächsische Gesandte Graf Hohenthal und der Reichstagsabgeordnete Prinz Arenberg theilgenommen haben. — Für den 11. Juni ist der Stapellauf des Lloyddampfers „Kaiser Wilhelm II." auf der Werft des „Vulkans" in Stettin in Aussicht genommen. Der Kaiser hat sein Erscheinen zugesagt. — Durch Beschluß des Oberpräsidenten ist die Stadt Berlin angewiesen worden, die Wittwen und Waisen der städtischen Beamten auf Grund bestehenden Gesetzes dahin zu versorgen, daß der Wittwe des Beamten 40 Prozent derjenigen Pension gezahlt werden, zu welcher der Verstorbene berechtigt ist oder berechtigt gewesen sein würde, wenn er am Todestage in den Ruhestand versetzt worden wäre. Halbwaisen erhalten davon den fünften, Vollwaisen den dritten Theil. Bisher hatte Berlin nur ein Drittel an die Wittwe gezahlt und alle Vorstellungen auf Gewährung der Vierzehntel-Quote abgelehnt. — Der Dichter Julius Grosse ist im Alter von 74 Jahren am Gardasee gestorben.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der in Sachsen staatsangehörige Landesassessor v. Witzleben, bisher Mitglied des Vorstandes der Landesversicherungs-Anstalt Brandenburg, ist auf Vorschlag des Bundesraths vom Kaiser zum Regierungsrath und ständigen Mitglied des Reichsversicherungsamts ernannt worden. — Die „Nordd. Allgem. Ztg." schreibt: Wir sind schon einmal der Legende entgegengetreten, wonach vom Kaiser dem verstorbenen Abg. Dr. Lieber Anerbietungen wegen Verleihung einer Ordensauszeichnung oder eines höheren Amtes gemacht worden seien. In den letzten Tagen ist abermals in der Presse erzählt worden, der Kaiser habe dem Abg. Dr. Lieber Orden und schließlich auch den Oberpräsidentenposten in Kassel angeboten. Wir wiederholen deshalb, daß alle Behauptungen über Anerbietungen, die der Kaiser dem verstorbenen Centrumsführer direkt oder indirekt gemacht haben soll, gänzlich aus der Luft gegriffen sind. — Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht amtlich die Verleihung des Schwarzen Adlerordens an den Prinzen Maximilian von Baden und des Großkreuzes des sächsischen Weißen Adlerordens an den Reichskanzler Grafen Bülow. — Der ordentliche Professor Dr. Ernst Beckmann zu Leipzig ist zum ordentlichen Professor an der philosophischen Fakultät der Berliner Universität ernannt worden. — Der „Reichsanzeiger" gedenkt des Jubiläums des Reichsgerichtspräsidenten Dr. v. Oehlschläger und bemerkt, weite Kreise des deutschen Volkes werden an dem Ehrentage des ersten Richters des Reiches warmen und verdienten Antheil nehmen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das „Berliner Tageblatt" mahnt die Gläubiger des Erfinders Gonswindt, die Eröffnung des Konkurses für das Gonswindt'sche Geschäft und seinen Privatbesitz herbeizuführen und erzählt: Baron v. Gersdorff, ein Mitglied des Schutzkomitees, hat gegen Gonswindt einen Arrest ausgebracht in Höhe von 170 000 Mark und der Gerichtsvollzieher hat daraufhin auf dem von Gonswindt bewohnten Grundstücke Alles versiegelt, was Werth hat; sogar an die Obstbäume und die gesammte Wohnungseinrichtung heftete er die Siegel und zwar auf besonderes Verlangen der Frau des Erfinders. Auf die Frage, weshalb sie das wünsche, gab diese die Antwort, damit nicht ein Anderer dasselbe thun kann. Versiegelt seien die Sachen nun, aber verkaufen solle sie der Gerichtsvollzieher nicht nach ausdrücklicher Anordnung des Barons.

Straßburg i. E. Der Kaiser reiste heute Mittag 2'412 Uhr mittels Sonderzuges nach Wiesbaden ab. Zur Verabschiedung waren auf dem Bahnhofe erschienen: Staatssekretär v. Köller, der kommandirende General Herwarth v. Bittenfeld, Gouverneur v. Sick, Stadtkommandant v. Buddenbrock und Bürgermeister Back.

Wiesbaden. Der Kaiser ist hier 4 Uhr 15 Minuten eingetroffen und begab sich sofort nach dem Stadtschloß. Auf dem Wege dorthin brachte eine außerordentlich große Menschenmenge lebhafte Huldigungen dar. Die Straßen der Stadt sind mit Flaggen und Laubgewinden reich geschmückt.

Darmstadt. Der Großherzog ist heute Vormittag von seiner Reise nach dem Auslande in Großgerau eingetroffen und hat sich nach dem Jagdschloß Wolfgarten begeben.

Innsbruck. (Priv.-Tel.) Der über Woergl nach Salzburg gehende Personenzug entgleiste gestern Abend in der Nähe von